

Begrüßungsansprache zur Eröffnung des 15. Niedersächsischen Tages der politischen Bildung am 27.9.2007 in der Aula der TU Braunschweig

von Ulrich Menzel

Verehrte Anwesende, liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich, Sie hier zur Eröffnung des 15. Niedersächsischen Tages der politischen Bildung in der Aula der TU Braunschweig begrüßen zu dürfen. Ich tue dies in doppelter Eigenschaft, als Vertreter des Präsidenten und Hausherrn unserer Universität, Prof. Dr. Jürgen Hesselbach, und als Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften, das auch für das Fach „Politische Bildung“ organisatorisch zuständig ist.

Die Braunschweiger Universität ist nicht nur eine Technische Universität mit einer langen Tradition, die bis zur Gründung des „Collegium Carolinum“ im Jahre 1745 zurückgeht¹, Braunschweig hat auch eine lange Tradition in der Lehrerbildung, die nicht zuletzt durch ihren Tagungsort dokumentiert wird. Sie befinden sich hier in der Aula der ehemaligen Pädagogischen Hochschule. Der spätexpressionistische Bau wurde 1937 fertiggestellt und beherbergte ursprünglich die „Bernhard-Rust-Hochschule“, benannt nach dem damaligen nationalsozialistischen Kultusminister. Ein Relikt aus dieser unrühmlichen Zeit der Braunschweiger Lehrerbildung findet sich noch in den stilisierten Hakenkreuzen im Geländer der Empore dieser Aula. Genau genommen reicht die Lehramtsausbildung in Braunschweig aber bis 1922 und die seitdem bestehende Abteilung VIII der Technischen Hochschule zurück.

¹ Vgl. dazu den Jubiläumsband „Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995“. Hrsg. von Walter Hertz. Hildesheim: Georg Olms 1995, 919 S.

Das Gebäude steht aber auch für den demokratischen Neuanfang nach 1945. Hier tagte der Braunschweigische Landtag vom Januar bis November 1946, weil das Landtagsgebäude hinter dem Altstadtmarkt zerstört war, hier wurde der Entwurf einer vorläufigen Verfassung des Landes Braunschweig verabschiedet und hier beschloss der Landtag in einer melancholischen Schluss-sitzung am 21.11.1946 auf Geheiß der britischen Besatzungs-macht die Selbstaflösung, um in dem neu geschaffenen Land Niedersachsen aufzugehen².

Aber auch die Lehramtsausbildung nahm in diesem Gebäude einen demokratischen Neuanfang. Erst als „Kant-Hochschule - Hochschule für Lehrerbildung“ und dann noch unverfänglicher als „Pädagogische Hochschule Niedersachsen, Abteilung Braunschweig“. Vertreten wurde das Fach „Politische Bildung“ (1948-1967) von keinem Geringeren als Heinrich Rodenstein, der 1960 auch der erste Vorsitzende der neu gegründeten Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ wurde. Das Thema „Demokratie lernen“ hatte seit 1948 einen prominenten Ort in Braunschweig³. Die fachwissenschaftliche Ausbildung geht in Braunschweig allerdings nur bis 1964 und die Berufung von Edgar Rosen auf den Lehrstuhl für die „Wissenschaft von der Politik“ zurück, der zuerst das Studium Generale für Ingenieurstudenten organisieren und ab 1972 mit anderen für die gymnasiale Lehramtsausbildung im Fach „Sozialkunde“ zuständig war⁴.

Das Motto Ihrer Tagung „Politische Bildung neu denken“ adressiert eine paradoxe gegenwärtige Situation. Einerseits ist die

² Vgl. dazu Klaus Erich Pollmann, Anfang und Ende zugleich. Der Braunschweigische Landtag 1946. Braunschweig: Selbstverlag des Braunschweigischen Geschichtsvereins 1999.

³ Vgl. dazu Braunschweiger Pädagogik. Vom Neubeginn 1945 bis zu den europäischen Beziehungen der Gegenwart. Hrsg. von Wolfgang Pöhlmann. Braunschweig: Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich der TU Braunschweig 1997; Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Hrsg. von Gerhard Himmelmann. Braunschweig: Institut für Schulpädagogik der TU Braunschweig 1995.

⁴ Vgl. dazu Ulrich Menzel, 40 Jahre Politikwissenschaft in Braunschweig. In: Braunschweigischer Kalender 2006. Braunschweig: Johann Heinrich Mayer 2005. S. 50-53.

politische Bildung wichtiger denn je. Ich nenne nur die Stichworte wachsende Politikverdrossenheit der Bevölkerung, ablesbar an dem säkularen Trend nachlassender Wahlbeteiligung auf allen Ebenen, Gewaltausbrüche an Schulen, die in einem vermuteten Zusammenhang mit dem zu exzessiven Gebrauch von gewaltverherrlichenden Computerspielen stehen, oder - ein ganz aktuelles Thema, das auch mit dem Thema Computer zusammenhängt - die vermutete Anfälligkeit von perspektivlosen Jugendlichen „mit Migrationshintergrund“ der zweiten oder dritten Generation für islamistische Verführungen im Internet. Das Thema Islamismus nimmt für den Verfassungsschutz mittlerweile einen größeren Stellenwert ein als die Themen Rechts- oder Linksradikalismus. Also - es gibt viel zu tun für die politische Bildung in unserem Land.

Und gleichzeitig schwinden die Ressourcen, dieses kompetent zu tun. Ich nenne wieder nur die einschlägigen Stichworte: Schließung der Landeszentrale für politische Bildung in Hannover. Niedersachsen ist meines Wissens das einzige Bundesland, das sich diese finanzpolitisch motivierte „Großtat“ geleistet hat. Oder - Reduzierung der Stundentafel für den Politikunterricht durch die Kreierung des Fachs „Politik-Wirtschaft“, wobei ich keineswegs in Abrede stellen möchte, dass das Fach Wirtschaft auch an die Schule gehört und dass es einen engen Bezug zwischen Politik und Wirtschaft gibt. Einer der Gründungsväter des Fachs Politikwissenschaft in Deutschland, Gert von Eynern (1902-1987) hat 1968 ein Buch mit dem Titel „Grundriss der politischen Wirtschaftslehre“⁵ veröffentlicht. Mir scheint allerdings, dass die Idee, das Fach Wirtschaft auf Kosten des Fachs Politik an der Schule zu verankern, eher neo-liberale Absichten erkennen lässt und nicht einem Verständnis des Fachs folgt, das auf die klassische oder aktuelle Politische Ökonomie zurückgeht, die keineswegs immer eine marxistische Konnotation hatte. Ob die liberale Lehre vom Nachtwäch-

⁵ Opladen, Westdeutscher Verlag.

terstaat allerdings das richtige Rezept zur Vermittlung von politischer Bildung ist, möchte ich in Frage stellen.

Nur noch dramatisch genannt werden kann die Reduzierung der Kapazitäten zur Lehramtsausbildung im Fach Politische Bildung am Standort Braunschweig. Auch wenn kein Fach von der Serie der Stellenstreichungen der letzten Jahre verschont geblieben ist, so sind doch die Konsequenzen für die sozialwissenschaftliche Fächergruppe an den Hochschulen im östlichen Niedersachsen (Göttingen, Hannover und Braunschweig) besonders gravierend. Sie kennen alle die Diskussion um die Zukunft der Politikwissenschaft in Göttingen oder der Soziologie in Hannover. In Braunschweig ist Politikwissenschaft als selbständiges Fach verloren gegangen und im Bachelorstudiengang „Integrierte Sozialwissenschaften“ aufgegangen, ein angesichts der beschränkten personellen Kapazitäten nicht ganz abwegiger Vorgang. Auf der Master-Ebene musste sogar ein noch breiterer Spagat durch die Integration mit den Fächern Pädagogik und Pädagogische Psychologie hingenommen werden. Immerhin - beide neuen Studiengänge, die die alten Magister- und Diplomstudiengänge abgelöst haben, werden gut angenommen. Die erst vor wenigen Jahren wieder eingeführte gymnasiale Lehramtsausbildung im Unterrichtsfach Politik musste allerdings schon wieder eingestellt werden. Gleiches gilt für den GHR-Bereich. Derzeit findet in Braunschweig nur noch eine auslaufende Restbetreuung statt, da die einzig verbliebene Professur für Politische Bildung vor zwei Jahren ersatzlos gestrichen wurde. Sie an den Schulen wie wir an den Hochschulen werden mit dieser Situation umzugehen haben, die sich im östlichen Niedersachsen als besonders paradox darstellt, und die Politische Bildung neu zu denken haben.

Ich entnehme Ihrem Programm, dass das Thema Curriculum für das neue Fach „Politik-Wirtschaft“ im Zentrum der Tagung steht. Ich freue mich, dass auch das Thema Politikunterricht an Hauptschulen Berücksichtigung findet. An unserem Institut hat

sich Detlef Eichner dieser besonderen Thematik angenommen und gerade eine Habilitationsschrift mit dem Titel „Politische Bildung als Bürgerbildung“ vorgelegt. Mir scheint nämlich, dass zu viele Politikdidaktiker sich lieber der gymnasialen Oberstufe widmen und die Hauptschule eher stiefmütterlich behandeln, obwohl doch die Mehrheit der Wahlberechtigten in diesem Lande immer noch einen Hauptschulabschluss haben dürfte, und die von mir skizzierten Aufgaben, vor die sich die politische Bildung gestellt sieht, eher diese Klientel betreffen.

Ich wünsche Ihrer Tagung einen guten und interessanten Verlauf, damit Sie viele Anregungen mitnehmen, wenn Sie in Ihre Schulen zurückkehren, auf dass Sie noch besser in die Lage versetzt werden, mit den vielfältigen Problemen der politischen Bildung kompetent umzugehen.